

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 55.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Abbestellungspreis: Der Abonnent erhält das Auer Tageblatt und die wöchentliche Unterhaltungsbeilage für ein Jahr 10 Mk. 50 Pf. (Postgebühren 1 Mk. 50 Pf.). Bei halbjähriger Abbestellung 5 Mk. 25 Pf. (Postgebühren 75 Pf.). Bei vierteljährlicher Abbestellung 2 Mk. 75 Pf. (Postgebühren 37 Pf.). Bei monatlicher Abbestellung 23 Pf. (Postgebühren 12 Pf.). Die Abbestellungsfrist ist der 1. d. M. (Dezember) 1917. Die Abbestellung ist schriftlich zu machen. Die Abbestellungsfrist ist der 1. d. M. (Dezember) 1917. Die Abbestellung ist schriftlich zu machen.

Nr. 293

Dienstag, den 18. Dezember 1917

12. Jahrgang

Hertlings Antwort an Lloyd George.

Lloyd George und Graf Hertling.

Eine Unterredung mit dem Reichskanzler.

Der Reichskanzler Dr. Graf Hertling empfing den Direktor von Wolffs Telegraphischen Bureau, Dr. Mantel, zu einem kurzen Gespräch.

Der Gegenstand war die letzte Rede Lloyd Georges. Der Reichskanzler äußerte sich folgendermaßen: Sie fragen mich nach einer Antwort auf die letzte Rede des englischen Premierministers Lloyd George. Herr Lloyd George nennt uns in seiner Rede Verbrecher und Vandalen! Wir beabsichtigen, wie schon einmal im Reichstage erklärt wurde, nicht, uns an dieser Erneuerung der Sitten homerischer Helden zu beteiligen. Mit Schimpfwörtern werden moderne Kriege nicht gewonnen, vielleicht aber verlängert. Denn das ist nach jenen Schmähungen des Premierministers klar: Für uns ist ein Verhandeln mit Männern von derartiger Bestimmung ausgeschlossen! Für den aufmerksamen Beobachter konnte seit geraumer Zeit kein Zweifel mehr bestehen, daß die englische Regierung unter Führung von Lloyd George dem Gedanken eines gerechten Verständigungsfriedens vollkommen unzugänglich war. Wenn es in den breiten Kreisen der Öffentlichkeit eines schlagenden Beweises bedurfte, so ist er durch die neueste Rede des englischen Staatsleiters geliefert. Sie wissen, daß ich erst seit kurzer Zeit an die Spitze der Reichsregierung getreten bin, daß mir aber meine bisherige Stellung Gelegenheit gab, die auswärtige Politik meiner Vorgänger und der verbliebenen Staatsmänner von einem besonders guten Beobachtungsposten aus zu verfolgen, und da kann ich als Staatsmann und Historiker, der ein langes Leben dem Forschen nach geschichtlicher Wahrheit gewidmet hat, erklären, daß Deutschlands Gewissen rein ist. Nicht wir waren es, die den Mord in Serajewo inszenierten. Der Prozeß Sucho milnow hat das, was wir seit Ende Juni 1914 wußten, der Welt mit absoluter Deutlichkeit klargestellt. Die Ursache des Weltkrieges ist der dem kaiserlichen Nikolaus von gewissenlosen Ratgebern abgenötigte Befehl zur Gesamtobilisierung, der uns den Kampf nach zwei Fronten aufzwang.

Vor wenigen Tagen war es ein Jahr, daß wir mit unseren Verbündeten dem Feinde die Hand zum Frieden boten. Sie wurde zurückgestoßen. Inzwischen hat unsere Antwort auf die Papstnote unseren Standpunkt erneut ausgesprochen. In dem Augenblick, wo ich die Nachricht erhielt, daß die Waffenruhe, die zwischen unserem östlichen Nachbar und uns besteht, in einen förmlichen Waffenstillstand übergegangen ist, wird mir die Rede des englischen Premierministers, von der Sie sprechen vorgelegt. Sie ist die Antwort des heutigen englischen Kabinetts auf die Papstnote.

Unser Weg im Westen ist dennoch klar. Nicht Lloyd George ist der Weltrichter, sondern die Geschichte. Ihrem Urteil können wir, wie am 2. August 1914, so auch heute noch mit Ruhe entgegensehen.

Friedensversammlungen in England.

Die Londoner „Morningpost“ meldet, für die Weihnachtswochen rufen die englischen Friedensfreunde zu großen Friedensversammlungen im Vereinigten Königreich auf. Allein in der Umgebung von Glasgow (Schottland) wurden für die Weihnachtstage 50 Versammlungen für den Frieden einberufen.

Lloyd Georges „Welsagungen“.

Um zu veranschaulichen, daß die Politiker nichts vom Kriege verstehen und viele unfähig sind, die stets wechselnde politische Lage zu erfassen, gibt der englische Politiker Bortomley folgende Erklärungen des Premierministers wieder:

1. Ende Juni 1917 sprach Lloyd George in Glasgow über die russische Revolution und versicherte uns folgendes: Die Revolution hat den Sieg noch vollständiger gemacht als je. Sie hat die Qualität des Sieges, den wir errungen haben, noch verbessert.

Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amst.) Großes Hauptquartier, 18. Dezember.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Sturm und Schneetreiben war die Artillerietätigkeit mäßig.

In Flandern und westlich vom Sambrot trat am Abend geringe Feuersteigerung ein.

Erkundungsabteilungen brachten an der englischen Front, nordwestlich von Binon, auf dem Ostufer der Maas, südwestlich von Thann eine Anzahl Engländer und Franzosen ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front
Im Gernabogen, zwischen Warbar und Kolran-See lebte das Feuer zeitweilig auf.

Italienische Front.

Zwischen Brenta und Piave vielfach lebhafter Artillerietätigkeit. Ostlich von Monte Guarolo wurden Teile der feindlichen Stellungen genommen.

Der russische Generalquartiermeister

(M. M.) Zudendorff.

2. Im Herbst 1915 sagte Lloyd George: Der östliche Himmel ist wollos und drohend. Die Sterne sind durch die Wolken verdeckt. Ich betrachte den stürmischen Horizont mit Besorgnis, aber nicht mit Furcht. Heute kann ich sehen, wie die Morgenröte neuer Hoffnung den Himmel färbt. Die Deutschen bei ihrem siegreichen Vormarsch wissen nicht, was sie tun. Mögen sie sich hüten, denn sie entfesseln Rußland. Mit ihrer gewaltigen Artillerie zersprengen sie die rostigen Fesseln und sprengen die Ketten, die um die Stärke des russischen Volkes gelegt war. Die Deutschen selbst schmieden das Schwert, das sie vernichten wird, und befreien das große russische Volk, das dieses Schwert mit kräftigem Schläge gegen sie führen wird.

Eine jämmerliche Behauptung.

„Laut Times“ fragte der englische Abgeordnete King in der Unterhausung des 6. Dezember, welche Informationen die Regierung darüber besitze, daß am 1. lichen deutsche Stellen die Polygamie (Vielweiberei) ermutigten. Balfour erwiderte: „Die Regierung erfährt kürzlich, daß eine neutrale Zeitung auf eine in Deutschland erschienene Broschüre hinwies, welche die Polygamie empfehle. Die Zeitung betonte, daß diese Broschüre amtlich und halbamtlich unter der Militär- und Zivilbevölkerung verbreitet würde.“ King stellte daraufhin fest, daß Minister Lord Cecil auf Grund einer unkontrollierbaren neutralen Zeitungsnachricht bedeutsame Reden halte. Es entspreche aber nicht seiner Stellung, Erklärungen abzugeben, die sich auf eine so jämmerliche Grundlage stützen.

Kriegsreden amerikanischer Minister.

Die der Entente freundliche Basler „Neue Korrespondenz“ berichtet aus New York: „Anschluß eines Vanketts der „Southend Society“ hielten der Kriegsminister Baker und der Marineminister Daniels Ansprachen, die wegen ihres scharfen Tones gegen Deutschland Aufsehen erregten. Daniels sagte u. a.: „Sehen wir den Krieg bis zum Ende fort und wenden wir keine langen Redensarten an, wenn wir die vorgedachten Mordtaten der deutschen Autokratie charakterisieren wollen! Ich bin dafür, daß den für diesen Krieg verantwortlichen Männern kein Pardon gegeben wird. Wenn auch unsere Haltung nicht von Maß beeinflusst werden soll, so müssen wir den Krieg so lange durchführen, bis das Junkerregiment in Deutschland zu Boden geworfen ist. Zur Erreichung dieses Zieles hat Amerika seine Geere und alle seine Geldmittel eingesetzt. Amerika hat das Schwert für die Freiheit (1) gezogen und hat es immer erst nach dem Siege wieder eingesteckt.“

Auf dieses, den Engländern nachgeahmte Geschwätz ist natürlich nichts zu geben!

Frankreich fürchtet einen Rückschlag.

Die „B. Ztg.“ meldet aus Basel: Wie den neuesten französischen Zeitungen entnommen werden kann, beschäftigt sich die Pariser Presse immer mehr damit, daß die Vereinigten Staaten in der nächsten Zeit noch nicht ausreichende Truppen bereitstellen können. In der „Information“ wird gefordert, daß die Heeresleitung sich auf Rückschläge vorbereiten und hinter der bestehenden Frontlinie neue Verteidigungsanlagen schaffen soll.

Politische Uebersicht.

Die Friedensverhandlungen.

Rühlmanns Teilnahme.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Wie wir hören, wird sich der Staatssekretär Dr. v. Rühlmann im Laufe der Woche zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk begeben.

Die Regierungen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei werden, wie weiter amtlich gemeldet wird, bereits in den nächsten Tagen in Friedensverhandlungen mit Rußland eintreten. Die Abreise der deutschen Bevollmächtigten erfolgt demnächst. Unverbindliche Vorbesprechungen über die Friedensverhandlungen zwischen den schon in Brest-Litowsk anwesenden Vertretern der beteiligten Regierungen sind bereits im Gange.

Besprechung mit dem Reichskanzler.

Der Reichskanzler hat die Führer der Fraktionen des Reichstages zu einer Besprechung zu Donnerstag, den 20. Dezember, 3 Uhr nachmittags eingeladen. Es wird vom Ergebnis dieser Besprechung abhängen, ob und wann der Hauptausschuß des Reichstages demnächst zusammentreten wird.

Freie Handelschiffahrt im Schwarzen Meer.

Nach dem Waffenstillstandsvertrag ist der Verkehr der Handelschiffe auf dem Schwarzen Meer frei. Eine Sonderkommission ist beauftragt, die nötigen Entscheidungen betreffend eine Begrenzungslinie für die Seestreitkräfte und für die Festlegung ungefährlicher Routen für den Verkehr von Handelschiffen zu treffen.

Vom russischen Eisenbahndienst.

Der allgemeine Eisenbahndienst in Rußland kommt in Gang. Die Verwaltungen der Eisenbahn und Verkehrswege melden, daß in den letzten Tagen hinreichende Zufuhren von Lebensmitteln und Brennstoffen für Petersburg, Moskau und alle volkreichen Orte der Gebiete Nordrußlands, sowie für die Süd- und Nordfront eingetroffen sind. Für die Versorgung Petersburgs sind täglich 40 Waggons Getreide nötig. Am 1. Dezember sind 38 Waggons eingetroffen.

Italienisches.

Nach Meldungen der Schweizerischen Blätter befaßte sich die Geheimföhrung der italienischen Kammer mit zwei wichtigen Vträgen der Sozialisten und der Sozialisten, die die Anschuldigungen gegen General Cadorna und die Frage seiner Ueberweisung an den Staatsgerichtshof, sowie die von den Sozialisten angeregte Frage nach einer Teilnahme Italiens an den russischen Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen betreffen.

Die Vorgänge in Rußland.

Trennung von Kirche und Staat.

Die Volksbeauftragten haben einen Erlaß herausgegeben, der die Trennung von Kirche und Staat festsetzt und gleichzeitig die Kirchen und Klostersklöster, Gold, Silber und Edelsteine in Altären und Kreuzen der Geistlichkeit einzieht. Ferner wird die Geistlichkeit verpflichtet, in den nicht zum Kampf verwendeten Teilen des Meeres zu dienen. — General Romanow, Oberbefehlshaber der Nordfront, wurde verhaftet und nach der Peter-Paul-Festung gebracht.

Beschlagnahme des russischen Kronjutes.

Der „Berliner Bund“ meldet aus Petersburg: Der Rat der Volkskommissare genehmigte eine Gesetzesvorlage betreffend die Beschlagnahme der russischen Paläste und Schlösser. Gemäß der Vorlage werden sämtliche, dem ehemaligen Hof, den zaristischen Ministern und den einzelnen Mitgliedern der Zarenfamilie gehörenden Paläste zugunsten des Staates beschlagnahmt.

Ein allgemeines Zeitungsverbot?

Der Petersburger Korrespondent des Mailänder „Secolo“ berichtet, in Petersburg seien alle liberalen Organe suspendiert worden. Mehrere Blätter, die für die Kriegsförderung eintreten, wurden endgültig verboten. In einigen Tagen wird ein Verbot für alle Zeitungen erlassen, damit das verfügbare Papier ausschließlich dem offiziellen Organ „Pravda“ vorbehalten bleibt.

Keine Flucht des Czaren.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur erklärt die Gerüchte über eine Flucht des Nikolaus Romanow für unrichtig.